

Handbuch Zuwendungsrecht

Müller / Richter / Ziekow

2. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-78736-2
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Müller/Richter/Ziekow
Handbuch Zuwendungsrecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Zuwendungsrecht

Rechtsgrundlagen · Verfahren · Rechtsschutz

Begründet von

Hans-Martin Müller

Bettina Richter

Prof. Dr. Jan Ziekow

Vfasst von

Hans-Martin Müller

Ministerialrat a. D., Justiziar, Düsseldorf

Dr. Peter Frömgen

Ministerialrat, Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Dr. h. c. (NUM) Jan Ziekow

Univ.-Professor, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer

2. Auflage
2025




beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN 978 3 406 78736 2

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 2. Auflage

Die Autoren freut, dass das Handbuch gut angenommen wurde und bereits nach kurzer Zeit drei Nachdrucke erforderlich machte. Um dem regen Interesse nachzukommen, wird die zweite Auflage und damit eine Aktualisierung vorgelegt. Sie berücksichtigt zwischenzeitliche Rechtsänderungen und bringt das Handbuch auf den aktuellen Stand September 2024. Einige Kapitel sind vor allem aufgrund neuer Förderstrukturen gänzlich überarbeitet worden.

Gerade in jüngster, krisengeschüttelter Zeit bedient sich die Politik weiter, bisweilen auch verstärkt, der Fördermittelvergabe zur Durchsetzung wichtiger Ziele und Maßnahmen. Vielen Antragstellern ist daran gelegen, finanzielle Unterstützungen der öffentlichen Hand zu erhalten, oftmals aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Neben der Vermittlung (rechts)politischer und umfassender rechtlicher Aspekte bleibt es daher ein wichtiges Anliegen der Verfasser, dem Nutzer des Buches eine Hilfe an die Hand zu geben, die ihn in die Lage versetzt, die Gewährung von Fördermitteln zielgerichtet anzugehen.

Die bewährte Konzeption des Handbuchs wurde beibehalten: Die Autoren aus Praxis und Wissenschaft verantworten gemeinsam das Werk und stehen für die verschiedenen Blickwinkel, insbesondere den der Fördergeber- und den der Fördernehmerseite, sowie die wissenschaftliche Einordnung. Ausgerichtet an den jeweiligen Verfahrensabläufen werden die grundlegenden zuwendungsrechtlichen Vorgaben dargestellt und erläutert. Dabei halten die Autoren an ihrer Absicht fest, zugleich einen Beitrag zur – dringend erforderlichen – rechtswissenschaftlichen Auseinandersetzung zu leisten. Durch die häufige Anführung des Handbuchs als Quellenbeleg in Rechtsprechung und Schrifttum sehen sie sich in dieser Vorgehensweise bestätigt.

Frau Richter ist als Autorin ausgeschieden. Herr Dr. Frömgen setzt ihre Arbeit am Werk fort.

Anregungen und Kritik werden dankbar entgegengenommen.

Düsseldorf und Speyer im Februar 2025

Müller/Ziekow/Frömgen



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 1. Auflage

Während das ebenfalls das Ausgabeverhalten öffentlicher Auftraggeber regelnde Kartellvergaberecht der §§ 97 ff. GWB mit seinen Begleitregelungen – jedenfalls seit den 1997 etablierten effektiven Rechtsschutzmöglichkeiten – ganze Bibliotheken mit Spruchpraxis und rechtswissenschaftlicher Literatur füllt, trifft dieser Befund für den finanzwirtschaftlich mindestens so bedeutsamen und wegen der Vielzahl zu beachtender Vorschriften nicht minder komplexen Bereich des Zuwendungsrechts nicht zu.

Das mangelnde Interesse des Schrifttums, sich mit der Materie näher zu befassen, ist wohl letztlich dem Umstand geschuldet, dass in der Vergangenheit vollere Kassen oder eine antizyklische Politik des staatlichen Gegensteuerns von Nachfrageausfällen durch zusätzliche Finanzhilfen und damit gefüllte Fördertöpfe wenig Anlass zur kritischen Auseinandersetzung gaben. Zudem haben die starke Prägung des Zuwendungsrechts durch Binnenregelungen und die Verwaltungspraxis sowie die im Zuge von Förderprozessen nicht justiziablen Auseinandersetzungen innerhalb staatlicher Stellen dazu geführt, dass Gerichte kaum mit Streitigkeiten befasst und Fragenkreise aufgeworfen wurden¹. So blieb auch die rechtswissenschaftliche Durchdringung des Zuwendungsrechts hinter den Notwendigkeiten zurück. Spärliche Literatur findet sich fast nur zu Einzelfragen des Subventionsrechts.

Es wird dem aufmerksamen Beobachter jedoch nicht verborgen geblieben sein, dass mit sich weiter zuspitzenden Haushaltszwängen des Bundes, der Länder und Kommunen bzw. den damit notwendig gewordenen Neujustierungen wichtiger Politikziele auch die Befassung mit dem Zuwendungsrecht zunimmt. Denn der Wettbewerb um Mittel aus den nicht mehr so prall gefüllten Fördertöpfen ist härter geworden. Für Zuwendungsempfänger wird es schwerer, einen Förderzugang zu erhalten. Zuwendungen an Wettbewerber werden hinterfragt. Zugleich sind Bewilligungsstellen verstärkt gehalten, mit den knapper werdenden Mitteln effizienter zu wirtschaften und das systemimmanente Finanzierungsrisiko des Steuerzahlers mit wirksamen, zielgerichteten Regelungen in unanfechtbaren Bewilligungsbescheiden einzudämmen. Dies führt verstärkt zu Rückforderungen gewährter Mittel, mitunter erst Jahre² nach dem Abschluss der Fördermaßnahme.

Begünstigte sind häufig überfordert, wenn sie zahlreiche Bestimmungen auch noch nach Bewilligung beantragter Fördergelder beachten müssen. Oftmals ist ihnen nicht einmal bewusst, dass sie sich über Jahre hinweg in einem Pflichtenkreis bewegen³. So werden sie vermehrt – häufig nachdem gewährte Mittel bereits eingesetzt und damit „verbraucht“ sind – mit Rückforderungen konfrontiert, mit denen zunehmend auch die Gerichte befasst werden⁴. Vor allem Rückforderungsansprüche wegen Verstößen gegen Auflagen mit vergaberechtlichen Vorgaben haben eine Prozessflut ausgelöst und damit eine Kehrtwende eingeleitet, die ihre Entsprechung nun auch im Schrifttum zu finden scheint⁵.

¹ Dittrich, BHO, § 23 Anm. 2.1. Rechtsstreitigkeiten „innerhalb der staatlichen Seite, etwa zwischen Fachministerien und Finanzministerium oder Rechnungshof, können grundsätzlich nicht vor Gericht ausgetragen werden, weil es sich um unzulässige ‚Insichprozesse‘ handeln oder im Verhältnis zum Rechnungshof die Klagebefugnis fehlen würde.“.

² Ebenso Folnovic/Hellriegel NVwZ 2016, 638 und Zöpfel KommJur 2013, 88.

³ Ähnlich Zöpfel KommJur 2013, 88.

⁴ So auch Dittrich, BHO, § 23 Anm. 2.1, jedenfalls in den Fällen einer einmaligen Förderung; würden weitere Zuwendungen erwartet, versuche man atmosphärische Störungen durch Gerichtsverfahren möglichst zu vermeiden.

⁵ S. eingehend Müller in Byok/Jaeger Vergaberecht Einl. C, insb. Rn. 3 f. u. 19 ff.; ders. VergabeR 2006, 592 (593 u. 597 ff.): Allein die (damalige) Wasser- und Schifffahrtsdirektion West hatte eigenen Angaben zufolge mehr als 20 Verfahren abzuwickeln. S. ferner Laumann/Scharf NZBau 2013, 208 (mit überwiegend Entscheidungsangaben außerhalb Nordrhein-Westfalens in Fn. 3).

Vorwort zur 1. Auflage

Vor diesem Hintergrund müssen potentielle Antragsteller und Verfahrensbeteiligte nicht nur Kenntnisse der einschlägigen Zuwendungsrichtlinien, sondern auch der haushalts- und verwaltungsverfahrenrechtlichen Regelungen erwerben, wenn sie nicht Fachberater beauftragen wollen. Die komplexe Rechtsmaterie erschließt sich nur schwer. Schwierigkeiten bereiten neben der Vielzahl der Bestimmungen und deren Auslegung auch die große Anzahl von Binnenregelungen sowie das durch „Verschachtelungen“ geprägte Regelungsgerüst. Ausgewiesene Berater sind schwer zu finden und wollen honoriert werden, Kompetenzcenter oder andere Stellen mit Beratungsauftrag weisen oft nur mäßige Erfolge auf.

Das Buch will helfen, diese Lücke zu schließen. Dabei haben sich Verlag und Verfasser von der Überlegung leiten lassen, die Darstellung möglichst an den tatsächlichen Abläufen auszurichten und das Vorgehen aus der Sicht der Akteure darzustellen. Besondere Aufmerksamkeit wurde den innerbehördlichen Entscheidungsprozessen gewidmet, weil sich der verwaltungsinterne Bereich Außenstehenden oft nur schwer erschließt. Damit richtet sich das Buch an alle am Fördergeschehen Interessierte und Beteiligte, insbesondere an die Antragsteller und deren Vertreter, aber auch an die Verfasser rechtlicher Förderrahmen der Zuwendungsgeber sowie die Beschäftigten der Bewilligungsstellen und der Prüfungsorgane.

Nicht behandelt wurden die vielgestaltigen Förderzugänge. Bei der Vielzahl der Förderkulissen kann keine annähernd komplette und zugleich handhabbare Zusammenstellung verfasst werden. Hierzu konnten lediglich weiterführende Hinweise erfolgen. Aber alle das Förderprogramm bildenden Regelungen fußen letztlich auf dem allgemeinen Zuwendungsrecht bzw. dem staatlichen Haushaltsrecht. Mit dem Rüstzeug dieses Handbuchs werden die Leserinnen und Leser daher in die Lage versetzt, mit den Vorgaben spezieller Förderrichtlinien besser umzugehen und die regelmäßig dabei zu beachtenden allgemeinen Voraussetzungen zu erfüllen. Das ist eine zentrale Intention dieses Werks.

Anregungen und Kritik zur Verbesserung des Handbuchs sind den Verfassern sehr willkommen (hansmartin.mueller@vm.nrw.de).

Der Lektorin des Verlags C.H. Beck, Frau Dr. Katja Haberzettl, die sich des Handbuchs engagiert angenommen und dessen Fertigstellung verständnisvoll betreut hat, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Düsseldorf/München/Speyer, im Juni 2017

Hans Martin Müller

Bettina Richter

Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Abbildungsverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Verzeichnis der abgekürzten Literatur	XXIII
Literaturverzeichnis	XXV
Einleitung	1
A. Grundlagen	11
I. Einführung in das staatliche Zuwendungsrecht	12
1. Gegenstand des staatlichen Zuwendungsrechts	12
2. Bedeutung des Zuwendungsrechts	13
a) Allgemein	13
b) Zuwendungen als politisches Gestaltungsinstrument	14
c) Ansätze zur Vermeidung negativer Wirkungen	17
3. Entwicklung des staatlichen Zuwendungsrechts	19
4. Rechtsquellen des staatlichen Zuwendungsrechts	25
a) EU-Recht	25
b) Verfassungsrecht	28
c) Gesetzliche Grundlagen	30
d) Untergesetzliche Regelungen	36
5. Rechtsanwendung im Einzelfall	43
a) Selbstbindung der Verwaltung	43
b) Rechtsprechung	45
c) Feststellungen der Rechnungshöfe	46
6. Zuständigkeiten bei der Verteilung von Zuwendungen	48
a) Staatlicher Zuwendungsgeber und staatliche Bewilligungsstelle	48
b) Staatlicher Zuwendungsgeber und beliehene Unternehmer als Bewilligungsstelle	49
c) Staatlicher Zuwendungsgeber und Zuwendungsempfänger mit Weiterleitungsgenehmigung an Letztempfänger	49
II. Tragende Grundsätze des Zuwendungsrechts	50
1. Subsidiaritätsprinzip	50
2. Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Maximal/Minimal-Prinzip	52
3. Weitere Haushaltsgrundsätze	53
4. Grundlagen des zuwendungsbezogenen Verwaltungshandelns	57
a) Ermächtigung zur Zuwendungsgewährung	57
b) Zuwendungsrechtsverhältnisse	59
c) Anspruch auf Zuwendungsgewährung	60
d) Formenwahlfreiheit der Verwaltung	62
e) Ermessen der Bewilligungsbehörde	62
f) Allgemeine Verfahrensgrundsätze	63
III. Zuwendungen nach §/Art. 23 BHO/LHO	65
1. Leistungsbegriff des §/Art. 23 Hs. 1 BHO/LHO	66
a) Leistung aufgrund von Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen	66
b) Freiwilligkeit der staatlichen Leistungen	68

Inhaltsverzeichnis

c) Abgrenzung zu Beihilfen, Subventionen und Finanzhilfen	72
d) Abgrenzung zu Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen	74
e) Keine Entgelte aufgrund von Verträgen	74
f) Weitere Abgrenzungen	76
g) Leistungsformen	77
2. Stellen außerhalb der Staatsverwaltung	79
a) Stelle	79
b) Außerhalb der Staatsverwaltung	80
c) Gewähr für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Zuwendung ..	81
3. Zur Erfüllung bestimmter Zwecke	82
4. Erhebliches Bundes- oder Landesinteresse	83
5. Haushaltsrechtliches Subsidiaritätsprinzip nach §/Art. 23 BHO/LHO ..	85
6. Zuwendungsarten	87
a) Projektförderung	88
b) Institutionelle Förderung	89
7. Finanzierungsarten	92
a) Teilfinanzierungen	93
b) Vollfinanzierung	99
8. Sicherung der Gesamtfinanzierung	101
9. Deckungsmittel	103
a) Eigenmittel des Zuwendungsempfängers	103
b) Einnahmen des Zuwendungsempfängers	105
10. Zuwendungen auf Ausgaben- bzw. Kostenbasis	107
a) Zuwendungsfähige Ausgaben	108
b) Zuwendungsfähige Kosten	111
11. SOLL- und die IST-Werte einer Zuwendung	112
a) Finanzierungsplan	113
b) Haushalts- und Wirtschaftsplan	114
c) Zahlenmäßiger Nachweis	114
d) Jahresrechnung, Jahresabschluss	115
12. Fristen	115
a) Bewilligungszeitraum	115
b) Verwendungsfrist	118
c) Zweckbindungsfrist	119
d) Vorlagefrist für Verwendungsnachweise	119
13. Erleichterungen und Ausnahmen	120
a) Fälle von geringer finanzieller Bedeutung	120
b) Sonstige Ausnahmeregelungen	121
IV. Förderbereiche und Förderzugänge	122
1. Förderbereiche	122
2. Förderkulissen	124
a) Übersicht	124
b) Zuwendungsdatenbanken	124
c) Beratung durch die bewilligende Stelle	126
d) Fachliche Begleitung durch Berater	127
B. Verfahren	129
I. Erlass von speziellen Verwaltungsvorschriften	131
1. Rechtliche Vorgaben	132
2. Erlass von Förderrichtlinien als Lenkungs- und Leitungsaufgabe	133
3. Vorteile von Förderrichtlinien	135

4. Vorarbeiten	136
5. Inhalt von Förderrichtlinien	137
6. Häufig auftretende Mängel	138
7. Verfahrensschritte beim Erlass	139
II. Bewilligungsverfahren	140
1. Zuwendungen von einem oder mehreren öffentlichen Geldgebern	143
2. Antragsverfahren	146
a) Vorgespräche (Vorverhandlungen)	147
b) Antragstellung	148
c) Antragsprüfung	153
d) Beteiligung von Fachbehörden	154
3. Antragsablehnung	156
4. Einplanungsvermerk	157
5. Handlungsformen im Vorfeld der Gewährung von Zuwendungen	159
a) Zusicherung einer Zuwendung	160
b) Unverbindliche Inaussichtstellung	163
c) Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn	164
6. Handlungsformen zur Gewährung von Zuwendungen	175
a) Zuwendungsbescheid	176
b) Vorläufige Zuwendungsbescheide	184
c) Änderungsbescheide	186
d) Bekanntgabe	191
e) Zuwendungsvertrag	192
III. Mittelauszahlung	195
1. Auszahlung auf Anforderung	196
2. Auszahlung auf Abruf	199
IV. Begleitende Überwachung der Mittelverwendung	200
V. Verwendungsnachweisprüfung	202
1. Prüfungsstellen	205
2. Überwachung der Einhaltung der Vorlagefrist	206
a) Zuständigkeit	206
b) Sicherstellung der Überwachung	207
c) Verpflichtung zur Prüfung der formalen Ordnungsmäßigkeit	208
d) Vorgehen bei Fristversäumnissen	209
3. Vorlagefristen	210
4. Nachweisarten	212
a) Vollständiger Verwendungsnachweis	213
b) Einfacher Verwendungsnachweis	213
c) Zwischennachweise	214
d) Vorläufige Verwendungsnachweise	215
e) Verwendungsbestätigung	215
5. Nachweisunterlagen	216
a) Bei Projektförderungen	216
b) Bei institutioneller Förderung	220
6. Bearbeitungsfristen	222
7. Erste kursorische Prüfung des Verwendungsnachweises	223
8. Vertiefte Prüfung des Verwendungsnachweises	224
a) Stichprobenauswahl	226
b) Prüfungsinhalte	228
c) Prüfungsunterlagen	229
d) Örtliche Erhebung	230
9. Prüfungsvermerk	231
10. Abschluss der Prüfung	231

Inhaltsverzeichnis

VI. Rechnungsprüfung	233
1. Übersicht	233
2. Kontrollorgane	233
3. Prüfungskompetenz	234
4. Handlungsmöglichkeiten	235
a) Auskunftspflichten des Rechnungshofs	235
b) Jahresbericht	237
C. Unwirksamkeit und Aufhebung von Zuwendungsbescheiden; Rückforderung von Zuwendungen	239
I. Rücknahme und Widerruf des Bewilligungsbescheides	241
1. Überblick	241
2. Feststellungslast der rückfordernden Behörde	241
3. Aufhebung des Bewilligungsbescheides	242
a) Rücknahme eines rechtswidrigen Zuwendungsbescheids	242
b) Widerruf eines rechtmäßigen Zuwendungsbescheids	248
c) Aufhebungsfrist	262
II. Sonstige Beendigung des Zuwendungsverhältnisses	266
1. Befristung	266
2. Auflösende Bedingung	266
3. Ersetzung eines vorläufigen Verwaltungsaktes	268
4. Verzicht und Aufhebungsvertrag	270
5. Sonstige Fälle der Unwirksamkeit	271
III. Erstattung und Zinsansprüche	271
1. Gesetzliche Rückerstattungspflicht	271
2. Festsetzung der Erstattung durch Verwaltungsakt	272
3. Umfang der Erstattung	273
4. Verzinsung	274
5. Verzögerungs-/Zwischenzinsen (§/Art. 49a Abs. 4 (L)VwVfG)	276
6. Rückforderung durch Vertrag gewährter Zuwendungen	278
7. Verjährung	279
IV. Rückforderung von unionsrechtsrechtswidrigen Beihilfen	280
1. Überblick	280
2. Der Rückforderungsbeschluss der Kommission	281
3. Rückforderung der Beihilfe durch den Mitgliedstaat	283
a) Rücknahme von rechtswidrigen Beihilfebescheiden	284
b) Aufhebung bei missbräuchlicher Anwendung von Beihilfen	287
c) Die Bedeutung von Schwierigkeiten bei der Rückforderung	288
d) Erstattungsanspruch und Zinsen	289
D. Rechtsschutz	291
I. Rechtsbehelfe gegen Rückforderungsentscheidungen der Kontrollbehörden	291
1. Aufhebung von Zuwendungsbescheiden	291
2. Außergerichtliche Rechtsbehelfe	291
3. Besonderheiten bei Rückforderungen aufgrund Kommissionsentscheidung	292
II. Sekundärrechtsschutz	293
III. Rechtsschutz nicht zuwendungsbegünstigter Unternehmen	293

E. Schnittstellen zu anderen Rechtsgebieten	295
I. EU-Beihilfenrecht	295
1. Abgrenzung von Beihilfe- und Zuwendungsbegriff	295
2. Die Merkmale des Begriffs der Beihilfe	297
a) Staatliche Maßnahme oder Maßnahme unter Inanspruchnahme staatlicher Mittel	298
b) Wirtschaftliche Vergünstigung ohne marktgerechte Gegenleistung ..	299
c) Begünstigter	302
d) Selektivität der Maßnahme	304
e) Wettbewerbsverfälschung	306
f) Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	307
g) Sonderfall: Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	308
3. Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt	311
a) Legalbeihilfen	311
b) Ermessensbeihilfen	312
4. Verfahren	314
II. Vergaberecht	318
1. Gemeinsamkeiten und Unterschiede	318
a) Bestehen einer Gegenleistungspflicht	319
b) Aufgabenbezogene Abgrenzung	320
2. Anwendung des Vergaberechts aufgrund Gewährung von Zuwendungen	321
a) Auftragsbezogene Auftragsgebereignenschaft wegen überwiegender staatlicher Zuwendungen (§ 99 Nr. 4 GWB)	321
b) Anwendung aufgrund Nebenbestimmung zum Zuwendungsbescheid	322
c) Rückforderung der Zuwendung wegen Verstoßes gegen Vergaberecht	323
d) Berücksichtigung von Zuwendungen in Vergabeverfahren	329
III. Wettbewerbsrecht	331
IV. Steuerrecht	331
F. Abbau von Zuwendungen/Subventionen und Deregulierung	333
I. Problemlage	333
II. Neuer Rechtsrahmen	335
1. Ausgangslage: Innenrechtsgeprägtheit	335
2. 55. Deutscher Juristentag	337
3. Neue Rahmenbedingungen und Erfordernisse	338
G. Governance des Zuwendungsrechtsverhältnisses	343
H. Quersubventionierung	349
J. Ausblick	351
Sachverzeichnis	357



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG